

Pressemitteilung

Standpunkt des BDK Sachsen zu den Absichtsbekundungen des Staatsministers des Innern zur Veränderung des Stellenabbaus bei der Kripo

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Sachsen hat mit großer Aufmerksamkeit die Absichtsbekundungen des Staatsministeriums des Innern zur Kenntnis genommen, den mit der Neustruktur „Polizei 2020“ verbundenen Stellenabbau bei der Polizei auf den Prüfstand stellen zu wollen.

Die Auswirkungen eines auf bloßer Sparpolitik beruhenden Personalansatzes bei der Polizei ist für den Bund Deutscher Kriminalbeamter beständiger Ausgangspunkt in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Projekt „Polizei 2020“.

Landesvorsitzender Uwe Baumert: ***„Es ist eben nicht möglich, nur auf eine polizeiliche „Grundversorgung“ unter Heranziehung demographischer Größenordnungen und statistischer Aussagen, das alltägliche Straftatenaufkommen betreffend, abzuheben.***

Belange der erforderlichen Spezialisierung im Polizeiberuf, der Sicherung der erforderlichen polizeilichen Reaktionsfähigkeit auf spezielle Lageentwicklungen und der generellen Reaktionsfähigkeit der Polizei auf sich neu ergebende Anforderungen aus Veränderungen im deliktischen Handeln bzw. der fortschreitenden Innovation in Wissenschaft und Technik bleiben hier auf der Strecke. “

Beispielhaft sei hier auf das Offenlegen des Wirkens eines rechtsterroristischen Netzwerkes verwiesen, dessen Dimension noch nicht zu überschauen ist. Gleiche Latenz ist in anderen Phänomenen der Organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität zu vermuten.

Im Zuge des Fortschritts von Wissenschaft und Technik stehen vor der Polizei gänzlich neue Aufgaben; alle Aufgaben, die beim ersten Herangehen an die Erarbeitung der personellen Ansätze so noch nicht zu prognostizieren waren bzw. nicht betrachtet wurden.

Wir stimmen Herrn Staatsminister des Innern Ulbig in seiner Aussage zu, dass diese neu vor der Polizei stehenden Aufgaben nicht nur mit einer „Streifenwagenbesatzung“ zu lösen sind. Da sind andere Lösungsansätze gefordert.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Sachsen begrüßt somit die Intention, den Stellenabbau bei der Polizei nochmals einer kritischen Prüfung zu unterziehen.



Das durch die Staatsregierung verfolgte Konzept der vordergründig zu verfolgenden schutzpolizeilichen Präsenz kann schon auf Grund der fehlenden, da abgebauten, Polizeibeamten nicht funktionieren. Verschärft wird dieses Problem aus vorgenannten Anforderungen, die die Politik bislang schlichtweg negierte. Gerade vor dem Hintergrund der hier zu stärkenden Bereiche Kriminalpolizei und Bereitschaftspolizei sehen wir uns in unserer beständig vertretenen Auffassung, das Erfordernis der Spezialisierung betreffend, gestärkt.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine wesentliche staatliche Aufgabe. Dieser Verantwortung nur mit Blick auf vorgebliche Einsparungen nicht nachzukommen, lässt an der Konsequenz im Nachkommen dieser Verantwortung zweifeln. Insofern sehen wir das Festhalten des Herrn Staatsministers der Finanzen an den Festlegungen zum Personalabbau, ohne die nunmehr eingetretenen Veränderungen der Rahmenbedingungen anerkennen zu wollen, bedenklich.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Sachsen fordert die Staatsregierung auf, die sich veränderten Rahmenbedingungen bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung endlich zur Kenntnis zu nehmen und den im Rahmen des Projektes „Polizei 2020“ vorgesehenen Stellenabbau nicht nur zu kritisch zu prüfen, sondern diesen Kahlschlag nicht zuzulassen.

Ansprechpartner für redaktionelle Rückfragen:

Uwe Baumert, Landesvorsitzender, Telefon: + 49 (0) 173. 9 32 37 51